

Eurospots



Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Aus dem Inhalt

Februar 2007

- **Außenpolitisches Gewicht der EU stärken**
- **Neue Mannschaftsaufstellung der CDU-CSU**
- **Deutsche für Verfassung**
- **EP fordert Europa-GmbH**
- **Europaweite Vermissten-Hotline**
- **Abschaffung der Todesstrafe**
- **Bundestag eröffnet Informationsbüro in Brüssel**
- **Beispiele für Regionalentwicklung**

Impressum

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: +32-2-284 59 77
Fax: +32-2-284 99 77
michael.gahler
@europarl.europa.eu

Regionalbüro Süd- und
Westhessen
Am Marktplatz 19
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94

Liebe Leserinnen und Leser,

obwohl wir bereits ein gutes Stück im Neuen Jahr zurückgelegt haben, verbinde ich diesen ersten "Eurospot" 2007 noch mit allen guten Wünschen für den großen Rest dieses Jahres. Auf europäischer Ebene hat zu Jahresbeginn die sechsmo-natige deutsche Ratspräsidentschaft begonnen. Dies ist das 12. Mal seit Grün-dung der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und diejeni-gen, die die Europäische Union schon länger begleiten, versichern übereinstim-mend, dass noch nie so viele Erwartungen an eine deutsche Ratspräsidentschaft gestellt wurden. Das ist allerdings angesichts der Herausforderungen, vor der wir stehen, auch nicht verwunderlich.

Da ist zunächst die Notwendigkeit, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Union der 27 institutionell zu stärken.

Hierzu hat Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Antrittsrede als Ratspräsidentin am 17. Januar im Europäischen Parlament noch einmal ihre Absicht unterstrichen, den Verfassungsprozess wieder in Gang zu bringen. Die Periode des Nachdenkens über den Verfassungsvertrag sei beendet. Bis zum Ende des 1. Halbjahres will die Präsidentschaft einen Zeitplan vorlegen, der bis zu den Europawahlen 2009 reicht und bis dahin die Verfassung bzw. die in ihr festgeschriebene Substanz, in die politische Wirklichkeit Europas umsetzt.

Wenn die Unterstützung bei den EU-Regierungen so groß ist, wie der fraktions-übergreifende Applaus nach ihrer Rede im EP, können wir zuversichtlich sein. Aber lassen wir uns nicht täuschen - zwar haben 18 der 27 Staaten die Verfas-sung bereits ratifiziert, wir brauchen aber alle und kreative Überlegungen sind im Gang, die notwendige Substanz zu wahren, die Verfassung selbst aber z.B. auf die notwendigen Grundsätze der Zusammenarbeit und die Grundrechte der Bür-ger zu beschränken. Die bereits vor der Verfassung bestehenden Verabredungen über die einzelnen Politiken würden als Vertragsgrundlagen selbstverständlich erhalten bleiben, aber nicht Teil der Verfassung selbst sein.

Wie weit der politische Wille der Staats- und Regierungschefs reicht, die globa-len Herausforderungen gemeinsam anzugehen, wird sich bereits am 25. März in Berlin zeigen, wenn zum 50. Jahrestag der Gründung der EWG eine feierliche Erklärung des Europäischen Rates abgegeben werden soll. Ich hoffe, dass die Beteiligten ihrer Verantwortung gerecht werden und nicht glauben, dass der Rückzug in ein nationales Schneckenhaus (oder auf eine Insel) irgendeine Prob-lemlösung erleichtert. In diesem Sinne grüße ich Sie herzlich, Ihr

Michael Gahler

Das außenpolitische Gewicht der EU stärken - die Union der Werte nach außen verteidigen!

Im Europäischen Parlament hat sich das Personalkarussell gedreht. Dies ist in der Mitte einer Wahlperiode so üblich - das Präsidium des Parlaments wird neu gewählt, die Ausschüsse werden zur Halbzeit neu besetzt. Mit der Neukonstituierung der Ausschüsse werden auch die Vorsitzende und deren Stellvertreter neu bestimmt. Wahlen sind parlamentarische Routine, spannend ist diese Zeit aber immer wieder, denn mit der personellen Neuaufstellung entscheidet sich auch maßgeblich die politische Schwerpunktsetzung für die kommenden zweieinhalb Jahre.

Für mich ganz persönlich hat sich mit der Neubesetzung der parlamentarischen Ausschüsse Ende Januar in Brüssel einiges verändert:

Zukünftig werde ich als stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses die außenpolitischen Positionen des Europäischen Parlaments an führender Stelle mit erarbeiten dürfen. Dies ist eine große Verantwortung, schließlich steht Europa nicht erst heute vor komplexen Herausforderungen.



Michael Gahler kurz vor seiner Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments am 31. Januar 2007 in Brüssel

Europäische Außenpolitik muss immer Friedenspolitik sein, die auf Dialog und Ausgleich aber auch auf Beharrlichkeit in Fragen der Demokratie und Freiheit basiert. Für Deutschland und Europa ist es unerlässlich, gute und vertrauensvolle Beziehungen zu unseren Partnern in der Welt zu haben. Mit unseren Kritikern müssen wir das Gespräch suchen, ihnen unsere Werte und Prinzipien erklären, um Vertrauen zu schaffen und Einflussmöglichkeiten zu gewinnen. Nur so werden wir Europa als eine Union der Werte dauerhaft

nach außen verteidigen können und die Strahlkraft dieser Werte auf die Welt erhöhen.

Ich möchte auch gegenüber der Öffentlichkeit verdeutlichen, dass wir zur Wahrung unseres Einflusses verstärkt als EU gemeinsam agieren müssen, weil immer deutlicher wird, dass kein einzelnes EU-Mitgliedsland das Gewicht hat, gegenüber den großen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen allein aufzutreten.

Auf unserer Tagesordnung der nächsten Monate wird die Übernahme der außenpolitischen Verantwortung der EU für ein quasi unabhängiges Kosovo stehen. Wir wollen die Bemühungen der deutschen Präsidentschaft unterstützen, den Friedensprozess im Nahen und Mittleren Osten voranzubringen. Das Nahost-Quartett (EU, USA, UN, Russland) muss wieder in Aktion treten und die beschlossene „Roadmap“, den Zeitplan zu einer Friedensregelung, umsetzen. Die Frage des Umgangs mit dem Regime im Iran ist zu klären. Klar ist, dass wir Europäer weder eine nukleare Aufrüstung des Iran noch die aggressiven anti-israelischen Äußerungen seines Präsidenten akzeptieren können.

Das transatlantische Verhältnis muss wirtschaftlich, politisch, umweltpolitisch und letztlich auch politisch-emotional auf eine neue – alte vertrauensvolle Grundlage gestellt werden. Unabhängig von der jeweiligen Administration in Washington besteht ein breites Fundament an gemeinsamen Werten und Interessen, die sich, wo immer möglich, im gemeinsamen Handeln bewähren müssen.

Europa als demokratischer Kontinent muss sich der Herausforderung eines dauerhaft geregelten Verhältnisses zu Russland und des Umgang mit der letzten Diktatur Europas in Weißrussland stellen. Die EU als eine Union der Werte muss gleichzeitig Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einfordern, ihre energiepolitischen Interessen gegenüber Russland gemeinsam formulieren und darüber hinaus gemeinsame Interessen der EU und Russlands gegenüber Dritten definieren.

Wir als Parlamentarier im EP haben größere Freiräume, dies mit anzustoßen, wir sollten sie nutzen!

Aktuelle Informationen aus dem Auswärtigen Ausschuss erhalten Sie unter:

www.europarl.europa.eu/activities/expert/committees/presentation.do?committee=2346&language=DE

Neue Mannschaftsaufstellung der CDU-CSU für die zweite Halbzeit

Die CDU-CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist für die zweite Halbzeit der Wahlperiode bestens aufgestellt: Hans-Gert Pöttering ist im Januar 2007 zum Parlamentspräsidenten gewählt worden. Der hessische Abgeordnete Hartmut Nassauer wurde ins Fraktionspräsidium der EVP-ED-Fraktion gewählt, Ingo Friedrich (CSU) in das Gremium der Quästoren. Dieses Gremium beschäftigt sich mit Verwaltungs- und Finanzfragen und ist dem Ältestenrat des Bundestages ähnlich.

Reimer Böge aus Schleswig-Holstein leitet den gewichtigen Haushaltsausschuss. Den einflussreichen Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie leitet die CSU-Abgeordnete Angelika Niebler. Der Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung wird wie in der ersten Halbzeit der Legislatur weiterhin von Karl von Wogau geführt. Auch in anderen wichtigen Ausschüssen werden die Interessen der Bürger von CDU-CSU-Abgeordneten in der Funktion der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden an führender Stelle vertreten: Thomas Mann ist im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Frau Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl im Ausschuss für den Internationalen Handel, Rolf Berend im Ausschuss für regionale Entwicklung und Rainer Wieland im Rechtsausschuss zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden.

Mit ihren Funktionsträgern deckt die CDU-CSU-Gruppe damit wichtige und entscheidende Politikfelder ab. Im Europäischen Parlament sind wir also bestens für die zweite Halbzeit aufgestellt.



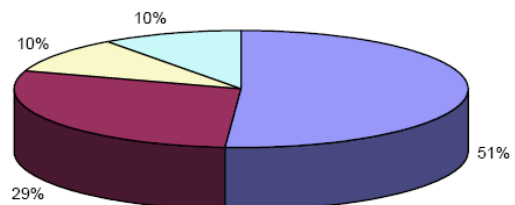
Michael Gahler gratuliert Hans-Gert Pöttering zu seiner Wahl zum Parlamentspräsidenten am 16. Januar 2007 in Straßburg

Deutsche mehrheitlich für eine Verfassung - Neuer Schwung für Initiative der deutschen Ratspräsidentschaft

Die Deutschen sind mehrheitlich für eine Europäische Verfassung. Das geht aus dem aktuellen "EUROBAROMETER", der regelmäßig veröffentlichten Erhebung der Europäischen Kommission vom Dezember 2006 hervor. Danach befürworten 73% der Deutschen eine Europäische Verfassung (+2%), 17% sind dagegen (-2%). Als unentschlossen wurden 10% (+1%) registriert. Dies sind deutlich mehr Befürworter als im gesamteuropäischen Bereich: Insgesamt sprechen sich 63% (+2%) aller Europäer für eine Verfassung aus. Allerdings sind 51% (+1%) der Deutschen und 48% (+1%) aller Europäer für Neuverhandlungen über den Verfassungstext.

Auf dieser Grundlage ist zu hoffen, dass die angekündigte Initiative der deutschen Ratspräsidentschaft zur Wiederbelebung des Verfassungsprozesses nun tatsächlich in Schwung kommt. Der Verfassungsvertrag macht Europa demokratischer, handlungsfähiger, transparenter und effizienter. Ohne ihn wird die Europäische Union der 27 Mitgliedsstaaten nur schwerlich ihren Stand als Handelsmacht und bedeutender Faktor in der internationalen Politik behaupten können.

QA37: Zukunft der Europäischen Verfassung/Deutschland



Verfassung soll neu verhandelt werden
 Ratifizierungsprozess soll fortgeführt werden
 Verfassung soll aufgegeben werden
 WN

Quelle: Eurobarometer 66

CDU-CSU im Parlament für die Europa GmbH - Stärkung des Mittelstands

Das Europäische Parlament fordert in einer Entscheidung eine einheitliche europäische Rechtsform für kleinere Unternehmen. Dies geht auf eine Initiative der CDU-CSU-Gruppe im Rechtsausschuss zurück. Neben der bereits eingeführten Europa-AG soll die Kommission nach dem Willen der Parlamentarier nun auch ein Statut für eine Europäische Privatgesellschaft ausarbeiten.

Nach Ansicht der CDU-CSU braucht der Mittelstand diese einheitliche Rechtsform um unbürokratischer

und damit kostengünstiger im europäischen Binnenmarkt tätig sein zu können. Die bisherige Regelung sieht vor, dass kleine und mittlere Betriebe sich an die verschiedenen nationalen Rechtsrahmen halten müssen. Dadurch werden dem Mittelstand Kosten auferlegt, die viele Unternehmen von wirtschaftlicher Tätigkeit im europäischen Ausland abschrecken.

Der Vorschlag des Parlaments sieht nun eine moderne Gesellschaftsrechtsform vor. Hierzu gehört die Aufbringung eines Mindestkapitals in Höhe von 10.000 EUR als Haftungsumfang. Zudem soll der Mittelstand künftig auf Mustersatzungen zurückgreifen können ohne teuren Rechtsrat bei der Gründung einer Gesellschaft einholen zu müssen.

Europaweite Hotline für vermisste Kinder

Eine EU-weite Hotline für vermisste Kinder soll bis Mitte 2007 eingerichtet werden. Hotlinenummern für Vermisste oder sexuell ausgebeutete Kinder gibt es bereits in mehreren EU-Ländern. Bislang werden aber in den einzelnen Ländern unterschiedliche Telefonnummern verwendet. Die Hotlinenummer 116000, die im Sommer 2007 überall in Europa zur Verfügung stehen dürfte, ist eine gebührenfreie Telefonnummer.

Parlament fordert weltweite Abschaffung der Todesstrafe

Das Europäische Parlament hat sich in einer Resolution entschieden für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen. In der Resolution fordert das Parlament die Europäische Union auf, eine entsprechende neue Initiative in der UN-Vollversammlung aktiv zu unterstützen. In allen Mitgliedsstaaten der EU ist die Todesstrafe bereits abgeschafft. Das Parlament verurteilt auch die Hinrichtung Saddam Husseins und deren Veröffentlichung in den Medien.

Deutscher Bundestag eröffnet Informationsbüro in Brüssel

Anfang Februar hat der Deutsche Bundestag in Brüssel ein Informationsbüro eingerichtet. Künftig werden damit mehrere Bundestags- und Fraktionsmitarbeiter dem Parlament in Berlin über die Aktivitäten der Europäischen Institutionen in Brüssel und Straßburg berichten. Die Präsenz des Bundestages vor Ort ermöglicht eine Intensivierung des Austausches mit dem Europäischen Parlament. Vor dem Hintergrund der steigenden

Bedeutung europäischer Entscheidungen für die nationalen Parlamente der einzelnen Mitgliedsstaaten ist dieser Schritt eine logische Konsequenz. Die deutschen Europaabgeordneten begrüßen die Einrichtung des Bundestagsbüros, schließlich profitieren beide Seiten von engeren Kontakten.

EU sucht junge Erfinder - Wettbewerb zum Einsatz der Galileo-Satellitentechnik

Die EU hat einen Erfindewettbewerb für Jugendliche ins Leben gerufen. Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren sind aufgefordert, sich an der Suche nach innovativen Ideen zur Nutzung von Satellitennavigationstechniken und -diensten zu beteiligen. Einzelpersonen, Schulen und Vereine sollen ein Video von 1 bis 3 Minuten Länge drehen, in dem auf originelle Art und Weise innovative Ideen zur Nutzung der Satellitennavigationstechnologie präsentiert werden. Einsendeschluss ist der **6. April 2007**. Die Videos im MPEG Format sind mit einer zusammenfassenden Beschreibung der Idee einzureichen - entweder an die E-Mail-Adresse

tren.galileo@ec.europa.eu oder an die Anschrift:

Europäische Kommission Generaldirektion Energie und Verkehr
Marie-Magdeleine Gabrielle
GALILEO Video Wettbewerb
B – 1049 Brüssel

Das Gewinner-Video wird auf der Galileo Internet Website der Europäischen Kommission veröffentlicht werden und der Autor des prämierten Projektes wird mit den Unternehmen, die den Wettbewerb finanziell unterstützen, zusammengebracht.

Beispiele für Regionalentwicklung

Die Kommission hat gelungene Projekte aus der Regionalförderung zusammengestellt, und in einem Online-Leitfaden veröffentlicht. Darin werden innovative Strategien und Maßnahmen vorgestellt, die von einigen Regionen Europas erfolgreich umgesetzt worden sind. Hinweise auf regionale Netzwerke und Internet-Adressen betreffend "regionale Innovation" vervollständigen diese Information. Die Broschüre enthält praktische Ratschläge, die bei der Vorbereitung des Programmplanungszeitraums 2007-2013 hilfreich sein können. Im Internet sind diese abrufbar unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/innovation/2007/guide_innovation_de.pdf